



Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Saarland, Kaiserstr. 258, 66133 Saarbrücken,
Tel.: 0681 8412410 * Fax: - 15
mailto: gdp-saarland@gdp.de * www.gdp-saarland.de * www.facebook.com/gdp.saar/

Pressemitteilung vom 18. Juli 2019

Notruf des Oberbürgermeisters der Kreisstadt Saarlouis – GdP sieht gefährliche Entwicklung in der Personalstruktur der Polizei als bestätigt

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP), Landesbezirk Saarland, unterstützt den Oberbürgermeister der Kreisstadt Saarlouis, Peter Demmer, der in einem persönlichen Brief vom 16. Juli 2019 Innenminister Klaus Bouillon aufgefordert hat, schnell und unbürokratisch zusätzliche Stellen im Bereich der Vollzugspolizei zu schaffen, da nur ein Mehr an Beamtinnen und Beamten auf der Straße auch ein Mehr an Sicherheit bringe. Hintergrund ist die ausgedünnte Personalstruktur der Polizeiinspektion Saarlouis und die damit einhergehenden Probleme für die Polizei aber auch für die Bevölkerung. Nach Ansicht der GdP holt die unmittelbare Wirkung des Stellenabbaus nun Stadt für Stadt ein und es rächt sich, dass der Ruf der GdP nach Aufstockung des Personals und Erhöhung der Präsenz in der Fläche bislang von der Politik nicht ernst genommen wurde.

Hierzu der Landesvorsitzende der GdP, David Maaß: „Die GdP fordert seit geraumer Zeit, den Personalkörper der Vollzugspolizei bis 2030 wieder auf 3.000 Beamtinnen und Beamte aufzustocken. Es wurde Zeit, dass nun endlich der erste Oberbürgermeister einer großen Kommune öffentlich erklärt, dass die Polizei in dieser ausgedünnten Form kaum noch handlungsfähig ist. Der personelle Kahlschlag seitens der Politik in unseren Reihen ist unverantwortlich gegenüber der Gesundheit meiner Kolleginnen und Kollegen sowie der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Die saarländische Politik muss endlich handeln und nicht das Problem zusätzlicher Stellen von Jahr zu Jahr verschieben, da die Diskussion hierüber im politischen Raum mühselig und kostspielig sein mag. Ich fordere als Vorsitzender der größten Polizeigewerkschaft im Saarland alle anderen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auf, sich zu erklären, ob denn Polizei auch in deren Kommunen wirklich noch in der Lage ist, die Innere Sicherheit in vollem Umfang zu gewährleisten. Ich bin gespannt, wem das Parteibuch wichtiger ist, als die Verantwortung gegenüber der Polizei und der Bevölkerung.“

